Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

# Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
# 7 (1893)

247 (6.12.1893)

urn:nbn:de:gbv:45:1-227403

Visual Library

# Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen des werkthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate die viergespaltene Zeile 10 ₰ bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 4757.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei in's Haus: vierteljährlich . . . 2,10 ℳ, für 2 Monate . . . 1,40 „, für 1 Monat . . . 0,70 „ excl. Postbestellgeld.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 247. Bant, Mittwoch den 6. Dezember 1893. 7. Jahrgang.


## Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom Sonnabend den 2. Dezember.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posadowsky und Andere.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzes, betr. die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebenen. Das Gesetz bezweckt die Gleichstellung dieser Invaliden mit denen aus dem französischen Kriege.

Abg. Dr. Kropatscheck (kons.): Wir begrüßen den Entwurf mit Freuden und danken der Regierung dafür, daß sie mit demselben einem Wunsche des Hauses entsprochen hat. Wir wünschen aber trotzdem Kommissionsberathung, um durch dieselbe darüber informirt zu werden, wie sich die Zahl der in Frage kommenden Invaliden auf die einzelnen Kontingente vertheilt. Beispielsweise ist es uns zweifelhaft, ob Bayern so viele Invaliden hat wie Sachsen, denn es ist bekannt, daß die Sachsen 1866 erheblich größere Verluste gehabt. Andererseits liegt uns aber jede Absicht fern, Bayern durch Norddeutschland zu übervortheilen.

Bayerischer Generalmajor Ritter von Haug: Die auf Bayern bezüglichen Bestimmungen entsprechen durchaus dem Bundesvertrage. Nach dem in diesem festgestellten Verhältniß ist die für Bayern bestimmte Quote berechnet. Die thatsächlichen Aufwendungen können dabei außer Betracht bleiben, ich will aber bemerken, daß Bayern alle Jahre zu seinem Pensionsfonds Zuschüsse leisten muß. Weitere Auskünfte behalte ich mir für die Kommissionsberathung vor.

Abg. Fritzen (Zentr): Auch ich befürworte die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission. Abgesehen von sonstigen Bedenken halten wir es nicht für gerechtfertigt, daß über die Handhabung des Gesetzes nur die Militärbehörden befinden sollen, und nicht die ordentlichen Gerichte.

Abg. v. Schöning (kons.) spricht seine Freude über die Einbringung des Entwurfes aus, bedauert aber, daß er nicht auch einzelne Kategorien von Offizierinvaliden besonders berücksichtigt habe.

Abg. Dr. Pieschel (natl.) hätte bei dieser Gelegenheit gern den Wunsch erfüllt gesehen, daß auch gewisse Ungleichheiten bei der Versorgung von Invaliden ausgeglichen worden wären. Es sei eine Ungerechtigkeit, daß die Verstümmelungszulage nur Mk. 9 eintrage, daß aber ein Zivilversorgungsberechtigter, der auf den Zivilversorgungsschein verzichtet, Mk. 12 erhält. Auch die Abzüge von der Pension beim Eintritt in den Staatsdienst oder in den Kommunaldienst entsprächen nicht der Billigkeit.

Abg. Herbert (Soz.): Auch ich sehe in dem Entwurf die Erfüllung einer Ehrenschuld, ich habe aber den Wünschen des Vorredners den weiteren hinzuzufügen, daß bei der Gewährung von Unterstützungen keine politischen Unterschiede gemacht, daß dieselben auch Sozialdemokraten ohne Weiteres gewährt werden.

Abg. Dr. Böckel (Antis.) weist darauf hin, daß viele Leute in Folge der Strapazen nachträglich krank geworden seien, die aber von den Unterstützungen ausgeschlossen seien, weil sie den Ursprung ihrer Krankheit nicht nachweisen könnten. Man dürfe nicht rasten, bevor nicht alle Bedürftigen einen Ehrensold hätten, damit nicht immer wieder das Lied zur Wahrheit werde: „Du, Bruder, nimm den Bettelstab, Du bist Soldat gewest."

Generallieutenant v. Spitz erwidert, daß die Militärverwaltung Unterstützungen in liberaler Weise bewillige; sie könne aber nur nach den Normen des Gesetzes vorgehen und müsse sich nach den vorhandenen Fonds richten. Jedenfalls werde jedes Gesuch geprüft, aber es habe sich nach den Erfahrungen der Militärverwaltung herausgestellt, daß auf einen Berechtigten immer sechs Petenten kommen, bei denen die wohlwollendste Prüfung ergiebt, daß sie kein Recht haben.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Berathung der Verordnungen, betr. die Zollzuschläge gegen Rußland.

Abg. Möller (natl.): Es ist hier nicht die Stelle, um zu untersuchen, ob der Zollkrieg nothwendig war oder nicht. Wir wollen aber doch dem Wunsche Ausdruck geben, daß er so schnell wie möglich beseitigt werde. Während der Dauer des Zollkrieges möchten wir aber empfehlen, daß die in Frage kommenden deutschen Interessenten nachträglich die Verzünftigung erhalten, die vor Erlaß der Verordnung rechtsgültig und bona fide gekauften Waaren zu dem früheren Zollsatze einzuführen.

Abg. Rickert (Sg.): Ich schließe mich dem Wunsche des Vorredners an; ich hätte nur gewünscht, daß die Regierung eine entsprechende Verordnung ohne die Anregung des Reichstags erlassen hätte.

Reichsschatzsekretär Dr. Graf Posadowsky: Es handelt sich hier um zwei verschiedene Fälle. Ein Mal um Waaren, die bei Erlaß der Verordnung die Grenzen passirt hatten, aber noch nicht verzollt waren. In diesem Falle wird der Bundesrath von Fall zu Fall eine wohlwollende Prüfung eintreten lassen. Dann aber handelte es sich um vor Erlaß der Verordnung gemachte Abschlüsse über Waaren, die erst später die Grenze passiren sollten. In diesen Fällen liegen verschiedentlich erhebliche kommerzielle Interessen vor, gleichwohl konnte wegen der geltenden Zollbestimmungen ein Beschluß des Bundesrathes nicht erfolgen. Es wird aber auch hier alles geschehen, um den deutschen Handel nicht zu benachtheiligen.

Abg. Schönlank (Soz.): Wir sind der Ansicht, daß der Zollkrieg nur veranlaßt worden ist durch das übergroße Entgegenkommen der Regierung gegen die Agrarier. Wenn es dagegen gilt, eine Belastung der großen Masse zu verhüten, dann sind die Regierungen stets müde. Auch als kürzlich die Tabakarbeiter hier versammelt waren, waren sie zu müde, um den Verhandlungen beizuwohnen. Wären die Veranstalter Unternehmer gewesen, so wären sie nicht müde gewesen. (Sehr richtig! links.) Wir sind gegen den Zollschutz, wir werden auch gegen die Zollordonnanzen stimmen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) weist auf die Gefahren hin, welche der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland für den Osten haben würde. Er habe Zuschriften erhalten, die ihn ermahnten, gegen den Vertrag zu stimmen. Man habe die Befürchtung, daß man für die jetzt zu bestellende Winterfaat keine andere Verwendung haben würde, als etwa Kanarienvögel damit zu mästen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Salisch (kons.) weist darauf hin, daß die Aufhebung des Flachszolles eine ganze Industrie vernichtet habe. Das sei auch von der Aufhebung resp. Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle zu befürchten; die Landwirthschaft würde das Opfer sein. Er werde einen Antrag einbringen, der es ermöglichen solle, auch Waaren einem Zoll zu unterwerfen, welche jetzt zollfrei eingingen.

Abg. Schönlank (Soz.) erwidert, gerade die Konservativen seien Schuld an dem Niedergang der Flachsindustrie; sie hätten ja auch nie ein Herz für die Arbeiter gehabt. Wenn es nach ihnen ginge, dann wäre das ganze deutsche Volk längst ein einziger preußischer Gutsbezirk, in dem das Volk das lebende Inventar und sie die Herren wären. (Beifall links.) Graf Kanitz habe früher selbst erklärt, er sei nicht Gegner eines Vertrages mit Rußland. Heute habe er sich ganz anders geäußert. (Beifall links.)

Abg. Möller (natl.) giebt zu, daß ein Rückgang der Flachsindustrie stattgefunden habe. Eine Unterscheidung zwischen Spekulations- und anderen Geschäften halte er für sehr schwer.

Reichsschatzsekretär Dr. Graf Posadowsky bemerkt, eine wohlwollende Prüfung würden alle Geschäfte finden, die auf reelle Lieferung geschlossen seien.

Abg. Graf Kanitz (kons.) behält sich die Antwort darauf, wie er sich zu dem russischen Handelsvertrage stellen werde, vor, bis dieser Vertrag vorliege.

Abg. Schönlank (Soz.) bezweifelt, daß die Agrarier mit ihrem Getreide Kanarienvögel mästen würden; davor schütze sie die Liebesgabe und die noch bestehenden hohen Getreidezölle.

Damit schließt die erste Lesung. Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein. In derselben beantragen

Abg. Frhr. v. Heereman (Ztr.) und Müller (natl.), die verbündeten Regierungen aufzufordern, Vorsorge dahin zu treffen, daß die Ausnahmebestimmungen des § 2 der Verordnungen vom 29. Juli 1893 und vom 17. August 1893, nach welchen die sofort eintretende Erhöhung der Zollsätze auf diejenigen Waaren, welche vor dem Tage des Inkrafttretens derselben die russische bezw. finnische Grenze überschritten haben, keine Anwendung finden sollen, dahin ausgedehnt werden, daß auch diejenigen Waaren, die ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Termine eingegangen bezw. zur Verzollung gebracht sind, deren Lieferung aber durch rechtskräftige, nachweislich vor jenem Tage in gutem Glauben für deutsche Rechnung abgeschlossene Verträge bedungen war, gleichfalls zu den alten Sätzen des Zolltarifs (ohne Zuschlag der Kampfzölle) eingelassen werden, bezw. daß die dieserhalb bereits gezahlten Beträge der Zuschlagszölle den Betreffenden erstattet werden.

Abg. Frhr. v. Heereman (Ztr.) weist zur Begründung des Antrages auf die schweren Schädigungen hin, welche die unvorgesehene Einführung der Zollzuschläge manchen Zweigen des deutschen Handels gebracht hätten. Er freut sich deshalb, daß die Regierung heute eine entgegenkommende Erklärung abgegeben habe. Daß der vom Abg. v. Salisch angekündigte Antrag auf Einführung neuer Zölle eingebracht werde, möchte er am liebsten vermieden sehen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) stimmt dem Antrage Heereman durchaus zu, würde dem Antrage Salisch aber entschieden widersprechen. Derselbe wolle die Regierung ermächtigen, sogar auf Rohmaterialien neue Zölle zu legen. Dazu würde sich hoffentlich die Mehrheit nicht verstehen.

Reichsschatzsekretär Dr. Graf Posadowsky erklärt, daß er gegen die Annahme des Antrages v. Heereman keine Bedenken habe. Derselbe entspreche durchaus Billigkeitsgründen.

Abg. Frhr. v. Staudy (kons.) kann die gegen die Anregung des Abg. v. Salisch vorgebrachten Bedenken als berechtigt nicht anerkennen.

Abg. Möller (natl.) bittet den Bundesrath, im Interesse der Geschäftswelt seine Entscheidung über die vorliegenden Beschwerdefälle zu beschleunigen.

Abg. v. Salisch (kons.) bringt nunmehr den vorher von ihm angekündigten Antrag ein. In einem Zollkriege rechtfertige es sich durchaus, auch Waaren mit Zöllen zu belegen, die sonst zollfrei seien.

Damit schließt die Diskussion. Die Verordnungen werden angenommen. Ueber die eingebrachten Anträge wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Es folgt die erste Lesung des Handelsvertrages mit Columbien.

Abg. Jebsen (natl.) stimmt dem Vertrage im Ganzen zu, hätte aber gerne eine weitergehende Schutzbestimmung zu Gunsten der deutschen Interessen in dem Vertragslande gesehen.

Damit schließt die Diskussion. Der Vertrag wird sofort in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Uebereinkommens mit Serbien, betr. den gegenseitigen Muster- und Markenschutz.

Derselbe wird nach kurzer Berathung der Handelsvertrags-Kommission überwiesen.

In erster und zweiter Lesung wird sodann das Zusatz-Protokoll zu dem internationalen Vertrage, betreffend die Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern, und das dazu gehörige Ausbildungsgesetz erledigt und unverändert angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

## Politische Rundschau.

Bant, den 5. Dezember.

— Der Reichstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Die Vorlage beschäftigte den vorigen Reichstag schon, wurde aber zurückgezogen und geändert. Bei der gestrigen ersten Lesung, wobei Brühne und Moltenbuhr seitens unserer Partei sprachen, wurde der Gesetzentwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Darauf folgte die Berathung des geänderten Viehseuchengesetzes.

— Die Militärbegeisterung unserer „Patrioten" geht Angesichts der lieblichen Steuerpläne der Regierung mehr und mehr in die Brüche. Nun es an's Bezahlen geht, ist die sommerliche Begeisterung verraucht und — der Rest ist Katzenjammer. Das zeigte sich recht deutlich in einer am 27. November in Elberfeld stattgehabten Versammlung des „Vereins zum Schutz für Handel und Gewerbe". Es handelte sich um Stellungnahme gegen die von der Regierung vorgeschriebene Quittungs- und Frachtbriefbesteuerung. Es wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, in welcher Weise die Regierung ihr Versprechen halte, daß die Kosten der Militärvorlage nicht auf die schwachen Schultern abgewälzt werden sollten. Ein Redner erklärte, daß er dem Kartellkandidaten seine Stimme nur in Anbetracht dieses Versprechens gegeben habe; ein zweiter wies darauf hin, daß bei dieser fortwährenden Beunruhigung des Mittelstandes demnächst von Vaterlandsliebe wohl kaum noch die Rede sein könne und ein dritter Redner hielt es für zweckmäßig, der Regierung kundzuthun, daß die „reichstreuen Wähler" des Kartellkandidaten Dahm der Demokratie in die Arme fallen würden, wenn das Ansetzen der Steuerpumpe an deren Geldbeutel in's Unendliche fortgesetzt werden würde. Das Endergebniß war folgender Beschluß: „Die heute Abend auf dem Johannisberg zu Elberfeld stattgefundene Versammlung zahlreicher selbstständiger Geschäftstreibender aller Berufsklassen und Hausbesitzer erhebt entschieden Protest gegen die seitens der Regierung geplante Quittungs- und Frachtbriefstempelung und stellt an den Reichstag die dringende Forderung, alle auf eine höhere Belastung des Mittelstandes abzielenden Vorlagen und Anträge abzulehnen; besonders in Erwägung dessen, daß die Reichsregierung feierlich bei der Militärvorlage versprochen hat, die Lasten nur auf die starken Schultern zu legen." Es wurde dann noch weiter beschlossen, eine Petition an den Reichstag abzufassen und zirkuliren zu lassen. — Der Jammer dieser Leute könnte Mitleid erregen. Warum waren sie aber nicht schlau genug, vorher einzusehen, daß es so kommen müsse. Gar viel Verstand hätte es dazu wahrlich nicht bedurft.

— Die freisinnige Volkspartei beschloß in ihrer Fraktionssitzung einstimmig, gegen alle vorliegenden Steuergesetzentwürfe zu stimmen in Erwägung, daß, soweit neue Deckungsmittel überhaupt erforderlich sind für die Kosten der Heeresorganisation, dieselben reichlich gewonnen werden können durch Aufhebung der Liebesgaben für die Brenner und der Prämien für die Zuckerausfuhr. Desgleichen beschloß die Fraktion, den Gesetzentwurf über die Finanzreform abzulehnen, weil derselbe, auch ganz abgesehen von der dadurch bezweckten Vermehrung der Steuerlasten, geeignet ist, das Budgetrecht, insbesondere das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages in verschiedenen Richtungen herabzumindern.

— Vergnügte Menschen. In dieser Zeit der allgemeinen Mißvergnügtheit gibt es doch auch noch vergnügte Menschen; es wird unsere Leser freuen, ihre Bekanntschaft zu machen. In der „Rhein.-Westf.-Ztg." lesen wir: „Eine angenehme Gehaltserhöhung von jährlich 1440 Mark ist durch das jüngste Armee-Verordnungsblatt 322 Hauptleuten der Infanterie, 14 Rittmeistern der Kavallerie 58 Hauptleuten der Feldartillerie, 42 der Fußartillerie, 24 des Ingenieurkorps und 11 der Eisenbahntruppen bekannt gemacht worden. Dieses Aufrücken aus dem Gehalte der Hauptleute 2. Klasse in dasjenige erster Klasse ist dadurch verursacht, das durch allerhöchste Kabinetsordre vom 29. August 1893 das höhere Gehalt 1. Klasse lediglich nach dem Dienstalter innerhalb der einzelnen Waffengattungen erfolgt. Bisher erfolgte dieses Aufrücken innerhalb des einzelnen Truppentheils (Regiments ꝛc.), wodurch viele Ungleichheiten und Härten entstanden. In Truppentheilen mit günstigem Avancement (Garde, Generalstab ꝛc.) erhielt ein Hauptmann oft nach 2—3 Jahren das höhere Gehalt, während in anderen Regimentern Hauptleute 5—6 Jahre auf das Aufrücken warten mußten, oft zum Nachtheile ihrer Familien. Die jetzige gerechtere Verleihung des Gehaltes 1. Klasse entspricht dem auch bei den Beamten eingeführten Systeme der Gehaltsvertheilung nach dem Dienstalter und wird in der Armee und den mit Offizierfamilien verwandten bürgerlichen Kreisen allgemeine Befriedigung hervorrufen. Daß übrigens so viele Hauptleute gleichzeitig in höheres Gehalt aufrücken, hängt der am 1. Oktober d. J. eingetretenen Heeresver[illegible] mit im Zusammenhange." — Das in den betheili[illegible] allgemeine Befriedigung herrscht, ist allerdi[illegible] lich; Gehaltserhöhungen gleich um an[illegible] Mark kommen nicht allzu häufig vor [illegible] zahler die „allgemeine Befriedigu[illegible] stiere in hohem Maße theilen, [illegible] Daß die Steuer[illegible] müssen.

— Was man nic[illegible] sieht man als grober [illegible] Redakteur Fischer v[illegible] Arbeiter-Zeitung" [illegible] anders fassen kann, das [illegible] Unfug an. Der verantwortliche [illegible] der sozialdemokratischen „Sächsischen [illegible]

Landesbibliothek Oldenburg

fugs mit einer Haftstrafe von 14 Tagen belegt worden. Diese Strafe wurde ihm zuerkannt, weil er angeblich durch Abdruck einer Sonntagsplauderei, in der das 50jährige Militärdienst-Jubiläum des Königs Albert von Sachsen „in höchst mißliebiger Weise besprochen und in das Lächerliche gezogen" worden sein soll, öffentlich Aergerniß erregt hat. Das ursprünglich wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren hatte nicht zum Ziele geführt. — In diesem Falle offenbart sich der große Segen des Unfugsparagraphen mit besonderer Deutlichkeit. Weil eine Majestätsbeleidigung nicht vorliegt, nimmt man den Unfugsparagraphen nach obigem Motto zur Hilfe.

— In der Handelsvertrags-Kommission wurde der deutsch-spanische Handelsvertrag mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen.

— Strenge Justiz. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Tischlermeister A. Müller aus Suhl vom Schwurgericht in Meiningen zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Majestätsbeleidigung wurde darin erblickt, daß der Verurtheilte in einer konservativen Wählerversammlung, die am 3. Juni d. J. in Suhl stattfand, ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen versuchte, als der Vorsitzende der Versammlung das Hoch auf den Kaiser ausbrachte.

— Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Dessau errang die sozialdemokratische Liste einen glänzenden Sieg. Die sozialdemokratischen Kandidaten erreichten durchschnittlich 1050 Stimmen, während die Gegner mit 90 Stimmen fürlieb nehmen mußten.

— Gemeindewahlen. Bei den Stichwahlen des Berliner Stadtverordnetenkollegiums, die am Freitag stattfanden, unterlagen die beiden Kandidaten der sozialdemokratischen Partei gegen die vereinigten Freisinnigen und Antisemiten.

— Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, sagt Art. 20 der preußischen Verfassung. Frei ist sie und so lieb und theuer dem königlich preußischen Kulturstaat, daß er sie warm in seinen Armen hält, sie an sich fesselt, damit sie keinem Anderem zu theil werde. Die Unterrichtsertheilung ist frei, meint Art. 22 der Verfassung. Trotzdem versuchte das Provinzial-Schulkollegium und das Polizeipräsidium im Jahre 1889 dem Genossen Kunert die Unterrichtsertheilung in der freireligiösen Gemeinde zu untersagen. Bekanntlich hatte dann nach längerem Prozessiren das Ober-Verwaltungsgericht die Verfügung des Polizeipräsidiums, bei Vermeidung des Zwanges und Geld- und Haftstrafen den Unterricht einzustellen, auf Antrag Kunert's als völlig ungesetzlich erachtet, diese Verfügung aufgehoben und dem Polizeipräsidenten die sämmtlichen Kosten des Rechtsstreit auferlegt. Sehr schwer ist die Kostenlast (etwa 109 Mk.) dem Polizeipräsidenten leider nicht gefallen, da nach dem derartigen Stande der Gesetzgebung die Stadt die sächlichen Kosten dem Polizeipräsidium zu ersetzen hatte und auch ersetzt hat. Das Polizeipräsidium hat daraufhin den Unterricht an der freireligiösen Gemeinde unbehelligt gelassen. Das prächtige Leichenbegängniß, das der besagten Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums zu theil wurde, ließ die juristischen Berather des Provinzial-Schulkollegiums nicht schlafen. Es ließ dem jetzigen Jugendlehrer der freireligiösen Gemeinde, Herrn Dr. Bruno Wille, folgende Verfügung zugehen:

Königliches
Provinzial-Schulkollegium. Berlin, 24. November 1893.
Nr. 15292.

Nach den von uns angestellten Ermittelungen und dem Jahresberichte der Freireligiösen Gemeinde zu Berlin für 1892/93 üben Sie in Berlin, Rosenthalerstr. 38 und Dresdenerstr. 45 eine konzessionspflichtige unterrichtliche Thätigkeit aus, obgleich Sie nicht im Besitze der erforderlichen Konzession sind. Wir untersagen Ihnen hierdurch jede derartige Thätigkeit, indem wir Ihnen zugleich für jeden gegen dieses Verbot verstoßenden Kontraventionsfall eine Exekutivstrafe von 100 Mk., im Unvermögensfalle von 10 Tagen Haft, androhen, welche Strafe im Uebertretungsfalle gegen sie festgesetzt und vollstreckt werden wird.

Gez. Tappen.

An
Herrn Dr. Bruno Wille,
Friedrichshagen.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts": Diese Verfügung wird durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine Namens des Dr. Wille angegriffen werden. Wir meinen, die angeführte Verfügung ist für die Auslegung der Verfassung und der in derselben angeblich gewahrten Lehrfreiheit charakterisch. Hinzu tritt, daß die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums es ängstlich vermeidet, irgend eine gesetzliche Bestimmung anzuführen, die ihr Vorgehen rechtfertigte. Wo in irgend einem Gesetz steht z. B., daß das Provinzial-Schulkollegium das Recht habe, einem Bürger Strafe anzudrohen? Weshalb soll die Freireligiöse Gemeinde und Dr. Wille gezwungen sein, einer Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums mehr Beachtung zu schenken als etwa ein Verbot der Freireligiösen Gemeinde an das Provinzial-Schulkollegium seitens des letzteren beachtet würde?

— Zur Entwicklungsgeschichte des Herrn Miquel. Von den Wandlungen und Mauserungen dieses vielgewandten und vielgewandelten Herrn haben wir in jüngster Zeit gar mancherlei gehört. Und jeder Tag bringt etwas Neues. So lesen wir heute in der „Frankf. Ztg.", daß der Urheber der neuesten Börsensteuer im Jahre 1884 in seiner damaligen Eigenschaft als Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. eine Petition der dortigen Bürgerschaft gegen die — schon damals geplante — Börsensteuer höchteigenhändig selbst unterschrieben hat. Damals war Herr Miquel von der „Verderblichkeit" der Börsensteuer überzeugt, die er jetzt mit aller Macht einzuführen sucht. Und 1884 war er doch kein „unerfahrener Jüngling" mehr, wie weiland der atheistisch-kommunistische Göttinger Student.

## Frankreich.

Paris, 4. Dezbr. Das neue Ministerium hat sich gestern der Kammer vorgestellt und sich besser, wenigstens geschickter, als das Kabinet Dupuy eingeführt. Der Ministerpräsident verlas eine Programm-Erklärung des Kabinets, in welcher es heißt: Die Regierung will ihre Pflicht erfüllen, wie die Wählerschaft sie ihr neuerdings vorgeschrieben hat. Das Land verabscheut die Reaktion, wünscht die Gedankenfreiheit, die Glaubensfreiheit und den Fortschritt. Man wünscht keine Politik der abstrakten Formeln, der Vorurtheile und unwillkürlichen Klassenunterschiede. Das Land fordert, im Gegensatze zu den Theorien einer gewissen Schule, die Erhaltung der Ordnung und der von der großen Revolution geschaffenen Grundlagen der Gesellschaft, die Freiheit und den Privatbesitz. Die Regierung wird den sozialistischen Doktrinen keine Mißachtung, sondern fruchtbare, edelmüthige Thaten entgegensetzen; die Steuern sind gerechter zu vertheilen, sodaß besonders der erworbene Reichthum betroffen wird. — Man sieht, die Herren haben aus den letzten Vorgängen in der Kammer etwas gelernt und wissen die Sozialdemokraten nach ihrem Einfluß wenigstens zu schätzen.

## Italien.

Rom, 2. Dezbr. Der Skandal über die römische Bank, der ein kleines Panama enthüllte und die politischen Zustände im Innern geradezu erschüttert hat, ist noch in voller Wirkung, so werden die Gemüther schon wieder durch einen neuen Bankkrach erregt. Die römische Bank „Credito Mobiliare" ist zusammengebrochen und wird wahrscheinlich den Bankerott weiterer Bankinstitute nach sich ziehen. Es liegen darüber folgende Depeschen vor:

Rom, 1. Dezbr. Das durch den Zusammensturz des „Credito Mobiliare" mißtrauisch gewordene Publikum stürmte heute förmlich die Bankgeschäfte, wodurch die Börse vollständig ins Wanken gerieth. Von den Zeitungen wird die Hoffnung auf eine Rekonstruktion des „Credito Mobiliare" noch aufrecht erhalten.

Triest, 1. Dezbr. Von den italienischen Börsen ging heute Nachmittag die Nachricht ein, die Aktien der „Banca generale" seien auf 118 gefallen. Ferner wurde gemeldet, daß auch diese Bank sich in Verlegenheit befinde.

## England.

London, 2. Dezbr. Wenn sich die nachfolgende Nachricht des „B. T." im vollen Umfange bestätigt, so hat Englang eine skandalöse Lockspitzelbroschüre zu erwarten, die ähnliche Vorkommnisse in anderen Ländern weit überragt. Das genannte Blatt läßt sich melden: Labouchère hat die Sache der Anarchisten, welche nach einem angeblich in Walsall zu verübenden Attentat im April 1892 zu zehn resp. fünf Jahren Zwangsarbeit verurtheilt wurden, in die Hand genommen. Er wird Mittwoch in Truth sensationelle Enthüllungen bringen und mit John Burn's Unterstützung im Parlamente die sofortige Freilassung sämmtlicher Verurtheilter verlangen. Labouchere wird nachweisen, daß die ganze sogenannte Dynamit-Verschwörung in Walsall ein Werk des in die Dienste der englischen Geheimpolizei getretenen französischen Anarchistenführers Coulon war, der eine Handtasche mit Dynamit einem der verurtheilten und inzwischen wahnsinnig gewordenen Bahnbeamten Deacon zu halten gab und dann verschwand. Mit diesem Sacke in der Hand wurde Deacon dann von Detektives abgefaßt. Coulon, gegen welchen zwar ein Haftbefehl nach der Verhaftung der Verschwörer ebenfalls erlassen war, konnte nicht aufgefunden und weder als Zeuge noch als Angeklagter vernommen werden, da ihn, wie Labouchere beweisen will, die Polizei verborgen hielt. Die sensationellsten Angaben Laboucheres werden sich aber auf die Behandlung des wahnsinnig gewordenen Deacon in der Untersuchungshaft beziehen, dessen sogen. Geständniß zur Verurtheilung der Angeklagten führte, die sich insgesammt als Opfer Coulons erklären. Laboucheres mit Hilfe des dem Truth attachirten Detektivinspektors Paternoster gemachten Recherchen wurden so sekret angestellt, daß die Polizei bis jetzt keine Ahnung davon hat.

## Bulgarien.

Sofia. Gegen den Fürsten Ferdinand ist von einem früheren bulgarischen Offizier Iwanoff ein Mordanschlag geplant gewesen, der aber verrathen worden ist, was die Inhaftnahme des Attentäters zur Folge hatte. Der Anschlag sollte am Tage der Beerdigung des verstorbenen Grafen Hartenau, des ehemaligen Fürsten Alexander von Bulgarien ausgeführt werden. Gerade zwei Tage zuvor wurde er entdeckt.

---

## Aus Stadt und Land.

Bant, 4. Dezbr. Daß das Unternehmerthum im Großen und Ganzen für die Einführung des Arbeitsbuches auch für ältere Arbeiter als zwanzigjährige ist, dürfte bekannt genug sein. Freilich würde es nur dann diese Einrichtung mit Freuden begrüßen, wenn das Arbeitsbuch auch die Möglichkeit bietet, das Verhalten und die Führung der Arbeiter nach jeder Richtung hin in diesem Buche beim Abgange des Arbeiters aus dem Arbeitsverhältniß zu ver-

---

67)

## Die Alten und die Neuen.

Roman von M. Kautsky.

Fortsetzung. Nachdr. verboten.

### Zweiter Theil.

#### Erstes Kapitel.

In dem Konversationssaal des Parlamentsgebäudes, in den das Sonnenlicht von oben durch eine Glasdecke gedämpft hereinfiel und auf dem glatten Parkettboden ruhte, der mit einem breiten Laufteppich von Velours bedeckt war, war es zur Stunde leer und still.

Die Sitzung hatte begonnen und hielt die Mitglieder des Parlaments gegen ihre sonstige Gewohnheit in dem großen Sitzungssaale fest.

Es war ja ein tägliches Vorkommniß, daß, während ein Mitglied der Rechten sprach und seine Ansichten darlegte und verfocht, die Linke einstweilen den Saal verließ, um erst nach Beendigung des Speechs wieder zurückzukehren, und in gleicher Ungenirtheit lichteten sich die Reihen der Rechten, sobald einer von der linken Seite des Hauses das Wort ergriff.

Man wußte ja im vorhinein, welche Anträge gestellt würden, was Dieser oder Jener darin vorbringen würde, und sollte in der That eine neue, geistreiche Wendung vorkommen, eine unvorhergesehene Apostrophe eintreten, so konnte man das bequemer und in aller Ausführlichkeit aus den Zeitungen erfahren.

Nur wenn ein Redner Pikantes erwarten ließ, oder wenn die Debatte zu einem Interessenkampf der Parteien anwuchs, wo die Leidenschaften heftiger aufeinander platzten und persönliche Gegnerschaft zum Worte kam, da pflegten nur Wenige zu fehlen, und dann bot das Haus den imposanten Anblick seiner gesammten Mitglieder, und außerdem den eines dicht gedrängten Auditoriums in den Logen und auf den Galerien.

Ein solcher Fall war auch heute zu verzeichnen. Die Versammlungssäle und Couloirs waren verödet; nur Huissiers, die weiße Binde am Arm, glitten geräuschlos hin und wieder, und ebenso sacht traten die Stenographen auf, die, eben abgelöst, aus dem Sitzungssaale kommend, ihre stenographischen Aufzeichnungen zu revidiren suchten.

Ein großer, wohlbeleibter Mann, mit dem rothen Gesicht des Apoplektikers und einem weit herabfallenden Demokratenbart, kam jetzt durch das Vestibule hereingeschritten; er sah höchst imponirend aus und nickte den Huissiers herablassend zu. Sein Gang, seine ganze Persönlichkeit hatte etwas Wuchtiges.

Man sah es diesem Manne an, er war von dem ungeheuersten Respekt gegen sich selbst erfüllt und von der Ueberzeugung, daß die übrige Menschheit alle Ursache hätte, ihm gegenüber es auch zu sein.

Er kam in die engen Couloirs, die um den Sitzungssaal herum sich erstreckten. Hier konnte man die Stimme des Redners schon mit einiger Deutlichkeit vernehmen.

Es war eine klare, volltönende Stimme; sie klang ruhig und bestimmt und schien durch Wohlklang und rhetorische Gewandtheit die Zuhörerschaft zu fesseln.

Der Wuchtige warf den Kopf in den Nacken.

„Baron Reinthal?" fragte er nachlässig einen an ihm vorüberhuschenden Huissier.

„Ja, Herr Biedermann, der Baron spricht schon seit einer Stunde."

Herr Biedermann zog die breiten Lippen ironisch herunter und murmelte etwas von „breitgetretenen Phrasen" in seinen Demokratenbart. Da wurde die Stille plötzlich unterbrochen, ein Sturm tobte durch das Haus.

Es war ein ganz wüthendes Händeklatschen, ein lautes Bravorufen, von Pfiffen und höhnischem Lachen durchmengt, und als diese lärmende Kundgebung sich gelegt, pflanzte sich die Erregung, einem dumpfen Brausen gleich, durch den immensen Raum noch fort.

Herr Biedermann hatte eine der kleinen Thüren, die von den Couloirs aus zu den obersten Bänken der Abgeordneten führen, geöffnet, und steckte den Kopf durch dieselbe. Seine Augen überflogen den Saal, der in seiner überreichen Architektur und Dekoration, der imponirenden Anzahl der Parlamentsmitglieder und dem distinguirten Publikum seiner Galerien einen glänzenden und bewegten Anblick bot.

Der Redner stand noch aufrecht auf seinem Platz auf der linken Seite des Hauses. Er hatte eine Pause eintreten lassen und erwartete den Moment, wo der Lärm sich gelegt haben würde, um fortzufahren.

Das Oberlicht des Saales warf durch matte Gläser eine gedämpfte Helle über das hocherhobene Haupt des Baron Reinthal. Seine Haltung war vornehm und geschmeidig wie immer, er lächelte, als hätte er nur Liebenswürdiges gesagt, das alle Welt entzücken müßte, und doch hatte er soeben die Regierung in heftiger Weise angegriffen, ihre Sünden und Unterlassungen ihr vorgehalten, ihre Maßnahmen der herbsten Kritik unterzogen.

Die Mehrzahl der Abgeordneten der Rechten, die ihre Bänke verlassen, hatten sich im Parkett unter dem Redner zusammengeschaart, in dichten, kompakten Massen umstanden sie ihn, erregten Antlitzes, in heftiger Gestikulation das soeben Gehörte untereinander diskutirend.

Auf den Galerien, die von der Opposition besetzt waren, wirkte die freudige Bewegung, die aufflammende Bewunderung über die Kühnheit des Redners noch fort, und besonders die Blicke der Damen, mit oder ohne Lorgnon, weilten mit schwärmerischer Begeisterung auf dem schönen Parlamentarier.

Dieser führte ein Glas Wasser an seine Lippen, um sie zu netzen; seine Augen richteten sich nach einer Loge, in welcher eine Dame von üppiger Schönheit und geschmackvoller Toilette Platz genommen. Neben ihr saß ein junges Mädchen von äußerster Einfachheit, das der ganzen Debatte mit Aufmerksamkeit zu folgen schien.

Es waren Helene und Elsa, Reinthal grüßte sie mit den Augen, und sich hierauf wieder seinem Auditorium zuwendend, begann er auf's neue.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

werken. Seiner Zeit, bei Einführung des Arbeitsbuches für die minderjährigen Arbeiter, wurde zwar von den Vertretern des Unternehmerthums abgeleugnet, daß sie das Arbeitsbuch zur Verrufserklärung benützen wollten, doch hat die Praxis erwiesen, daß diese Behauptung berechtigt war. Abgesehen von den schwarzen Listen und den geheimen Zeichen auf den Entlassungsscheinen, giebt es Unternehmer, die den Entlassungsschein mit einem Sittenzeugniß verwechseln und sich auch nicht scheuen, die politische und sonstige Stellung des Arbeiters auf diesem Scheine zu vermerken. Solche Unternehmer giebt es auch hier. So hat z. B. das Baugeschäft Dirks u. Franke, das zur Zeit den Bau der Haubitzenbatterie ausführt, Entlassungsscheine eingerichtet, die es zugleich als Sittenzeugnisse benützt, die aber auch zur Verrufserklärung verwendet werden können. An einem solchen uns vorliegenden Scheine tritt das klar zu Tage. Der Schein lautet:

(Entlassungsschein.)

Der Maurer N. N. ist seit dem 16. Novbr. 1893 bei uns beschäftigt gewesen und heute wegen nicht Befolgung eines Befehls entlassen.

Heppens, ꝛc. Dirks u. Franke.

Hätte nun dieser Arbeiter seine Entlassung erhalten wegen Lohnforderung oder wegen gewerkschaftlicher Umtriebe, was würde dann an Stelle des gesperrten Passus gestanden haben? Nun, wir sind uns völlig klar, daß dementsprechend die Rubrik ausgefüllt worden wäre. Eine solche Vermerkung der Entlassungsursache halten wir für verwerflich. Die Arbeiter sind keine Dienstboten, sondern ihr Arbeitsvertrag ist auf anderer Grundlage aufgebaut. Hat sich der Arbeiter vergangen oder ist er nicht zu gebrauchen, so steht dem Arbeitgeber das Recht zu, den Arbeiter unter gewissen Umständen sofort zu entlassen. Der Arbeitgeber hat aber kein Recht, in den Entlassungsschein die Ursache der Lösung des Arbeitsvertrages zu vermerken, denn sie wirkt überall da, wo die Vorzeigung des letzten Entlassungsscheines bei einem neuen Arbeitsantritt verlangt wird, wie eine Verrufserklärung und ist sonach ungesetzlich. Ein solcher Schein ist das Arbeitsbuch mit Sittenzeugniß in einer anderen Form und nach unserer Meinung ungesetzlich. Wenn diese Art Entlassungsscheine auch nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes strafbar sein mögen, nach dem Geist des Gesetzes, speziell dem § 153 der Gewerbeordnung sind sie es. Ob die Auslegungskunst der Juristen, die gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler schon so staunenswerthes geleistet hat, auch bei diesem Falle sich beweisen wird, wissen wir freilich nicht. Nichtsdestoweniger ist es aber Aufgabe der Bauarbeitergewerkschaften, sich damit zu befassen und auf die Abschaffung solcher ungehörigen Entlassungsscheine zu drängen. Es ist dies umsomehr nothwendig, als hier im Baugewerk Zeugnisse beim Antritt der Arbeit nicht verlangt werden und Entlassungsscheine in den letzten Jahren nur so weit eingeführt worden sind, als die Krankenversicherung es erforderte. Dazu ist der kritisirte Entlassungsschein auch eingerichtet und das ist gerade das Empörende: der Arbeiter ist sozusagen darum gezwungen, den Zettel, der ihn in Verruf bringt, zu nehmen und selbst der Bote und Ueberbringer der Verrufserklärung zu sein. Hoffentlich werden die Bauarbeiter dafür sorgen, daß diesem Unfug bald ein Ende gemacht wird.

**Bant**, 3. Dezbr. Folgende Entscheidung des Reichsversicherungsamtes empfehlen wir den Arbeitern zur Beachtung. Der Arbeiter D. hatte im Jahre 1891 das Unglück, daß ihm ein Splitter das eine Auge raubte. Die Berufsgenossenschaft gab dem Verletzten für diesen Unfall eine Rente von 33 1/3 Proz. der vollen Rente. Ein Jahr darnach wurde demselben Arbeiter die rechte Hand zerquetscht. Für beide Unfälle beabsichtigte die Berufsgenossenschaft dem Verletzten eine Rente von 85 Proz. der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit zu gewähren; hiermit war der Verletzte nicht einverstanden und beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Schiedsgericht erklärte das Verfahren der Genossenschaft für unzulässig und berechnete beide Renten besonders. Der Kläger behielt für den ersten Unfall die Rente von 33 1/3 Proz. und erhielt für den zweiten Unfall noch 75 Proz. Rente, das heißt zusammen 108 1/3 Proz. der vollen Rente. Hiergegen legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und behauptete, kein Verletzter könne mehr als 100 Proz. der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit erhalten. Das Reichsversicherungsamt billigte aber die Vorentscheidung als zutreffend und wies den Rekurs der Berufsgenossenschaft als unbegründet zurück.

**Wilhelmshaven**, 5. Dezember. (Von der Marine.) Durch Verfügung des Oberkommandos der Marine ist bestimmt worden, daß fortan die Manöverflotte als „Manövergeschwader und das als 2. Division zu derselben gehörige bisherige Uebungsgeschwader als „2. Division des Manövergeschwaders" zu bezeichnen ist.

**Heppens**, 4. Dezbr. Laut einer Bekanntmachung des großherzoglichen Amtsgerichts Jever finden die Sprechtage in der Gemeinde Heppens am 3. Januar, 5. Februar, 5. März, 2. April, 7. Mai, 4. Juni, 2. Juli, 6. August, 3. September, 1. Oktober, 5. November und 3. Dezember für das Jahr 1894 in Rost's Wirthshause zu Heppens statt.

**Oldenburg**, 5. Dezember. Der Landtag hat heute Morgen 10 Uhr seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen und wird voraussichtlich bis in den Januar hinein tagen müssen. Unter den Vorlagen, die von der Regierung dem Landtage unterbreitet worden sind, befindet sich auch eine solche betreffs der Irrenheilanstalt zu Wehnen, die von allgemeinem Interesse sein dürfte, besonders, da seitens mehrerer Gemeinden in den letzten Jahren Klage geführt worden ist, daß die Unterbringung geisteskranker Personen wegen Ueberfüllung der Anstalt oft sehr schwierig sei. In der Klage heißt es u. A.: Nachdem die Bauarbeiten zur Erweiterung der Irrenheilanstalt in Wehnen kürzlich vollendet sind, hat sich bei der vorläufigen Abrechnung der Gesammtkosten ergeben, daß Ersparungen zum Belauf von etwa 25 000 Mk. erzielt sind. Es hat sich nun in Folge der erheblichen Vermehrung der in der Anstalt untergebrachten Kranken schon im Laufe der letzten Jahre das Bedürfniß einer Vergrößerung der in dem alten Anstaltsgebäude vorhandenen Gesellschaftsräume herausgestellt und beantragt die Staatsregierung in der Vorlage Nr. 38 das Einverständniß des Landtages mit der Verwendung von 12 000 Mk. aus den erzielten Ersparnissen zum Bau eines neuen Gesellschaftsraumes nebst Anbauten. Bezüglich des Restes der ersparten 25 000 Mk. bemerkt das Staatsministerium vorläufig Folgendes: Die Unterbringung geisteskranker Verbrecher habe in neuerer Zeit wiederholt Schwierigkeiten gemacht. Die Frage, wo diese Unterbringung geschehen sollte, ob in einer Irrenanstalt oder in einer Abtheilung der Strafanstalten, werde für uns dahin entschieden werden müssen, daß die Unterbringung in der Irrenanstalt zu geschehen habe. In den Strafanstalten die erforderlichen Einrichtungen zu treffen, sei unthunlich, sowohl im Hinblick auf die Lokalitäten, als in Rücksicht auf das ärztliche Personal. Da der bezüglich der Unterbringung geisteskranke Verbrecher in den letzten Jahren hervorgetretene Nothstand augenblicklich gehoben sei, habe die Staatsregierung geglaubt, von einer weiteren Verfolgung der Sache einstweilen absehen zu können, und es sei deshalb ein Plan für die Beschaffung der erforderlichen Räumlichkeiten noch nicht aufgestellt; da indeß eine Wiederkehr der Schwierigkeiten zu besorgen sei und jetzt in den erwähnten Ersparnissen die Mittel gegeben seien, dem Bedürfniß abzuhelfen, so behalte die Staatsregierung sich vor, die Angelegenheit dem Landtage zur Beschlußfassung noch vorzulegen.

**Kiel**, 3. Dezbr. Unter den hiesigen Marinesoldaten tritt in heftiger Weise die Influenza auf. Im Marinelazareth hierselbst befinden sich zur Zeit über dreihundert Influenzakranke.

## Gewerkschaftliches.

— Der zweite Verbandstag des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen findet vom 5. März 1894 an statt.

## Literarisches.

— Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 9. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Bet- und Bußtage. — Skizzen zur Tabaksteuer. Von Unus. — Der Riesenausstand im englischen Kohlengewerbe. Seine Ursachen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen. Von Ed. Bernstein. (Schluß.) — Preußische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1892. Von Dr. Max Quarck. — Notizen: Die endlich erschienene „Statistik der Reichstagswahlen von 1893". Literarische Rundschau. — Feuilleton: Ak-Daván. Skizze aus dem sibirischen Leben von Wladimir Korolenko. Deutsch von Norbert Hoffmann. (Fortsetzung.)

## Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Heppens vom 1. bis 30. November.

Geboren: Ein Sohn dem Schiffszimmermann Stukenbrock, Arbeiter Buczynski, Werftarbeiter Fritsch, Matrosen Dirks, Kaufmann Schwarting, Heizer Radlewsky, Arbeiter Magerkurth. Eine Tochter dem Tischler Theilen, Arbeiter Wolfteich, Hoboist Obermaat Schönemann, Bierverleger Frier, Kesselschmied Hirschbein, Schiffszimmermann Blum, Arbeiter Borchers, Heizer Höwel, Werftarbeiter Albers, Werftarbeiter Hinrichs, Schuhmacher Helmstedt, Werftarbeiter Saffen, Arbeiter Gerken, Arbeiter Möller. Außerdem wurden drei uneheliche Geburten (Mädchen) angemeldet.

Aufgeboten: Oberfeuermeistersmaat Preissigke zu Wilhelmshaven und L. G. Müller zu Heppens, Zimmergeselle Wehrle zu Heppens und J. von Arnhold zu Hohenkirchen, Arbeiter Eilts zu Wilhelmshaven und J. F. Janssen zu Heppens, Kesselschmied Heiderich und G. C. H. Buß, Beide zu Heppens, Tischler Frese und A. M. Sjuts, Beide zu Wilhelmshaven, Schuhmacher Present zu Heppens und C. E. C. Siegesmund zu Wilhelmshaven, Klempner Tormählen zu Heppens und M. C. E. Cordes zu Bremen, Händler Kleen zu Wilhelmshaven und B. A. Domnick zu Heppens.

Eheschließungen: Schmiedemeister J. C. Suhren zu Winkelsheide und M. F. Gerdes zu Heppens, Schlosser P. G. T. Ruhland und A. C. Bents, Beide zu Heppens.

Gestorben: Sohn des Kaufmanns D. H. Jürgens, 1 J. 7 M. alt, Sohn des Zimmermanns G. H. Stoß, 9 T. alt, Tochter des Schlossers F. Steinbach, 16 T. alt, Tochter des Schuhmachers C. Helmstedt, 2 St. alt, Sohn des Gendarmerie-Sergeanten J. C. D. Röver, 1 M. alt, Ehefrau des Arbeiters G. A. Kobel, 27 J. alt.

## Standesamtliche Nachrichten

der Stadt Wilhelmshaven vom 25. Nov. bis 1. Dez.

Geboren: Ein Sohn dem Oberbottelier Leinig, Kolportage-Buchhändler Buddenberg, Milchhändler Harms, Arbeiter Garlichs, Schlosser Sievert, Bäckermeister Onnen, Matrosen Stüwe, Sergeanten Tromm, Oberwachtmeistersmaaten Lehning; eine Tochter dem Oberbottelier Schröder, Zimmermeister Kathmann, Werftspeisenmeister Freitag.

Aufgeboten: Torpedooberbootsmannsmaat Göning hier und J. Neumann zu Heiligenbrunn, Eigenkäthnersohn Böhnke zu Alt-Heidendorf und A. Durbahn zu Neu-Heidendorf, Händler Kleen hier und B. Domnick zu Heppens, Oberlazaretgehülfe Schlaffke hier und S. Uelschen zu Hannover, Materialienverwalter Thörmer und A. Jensch, geb. Stengel, hier, Schuhmacher Present zu Heppens und C. Siegesmund, hier, Werftmatrose Hempel und A. Wulf zu Bant, Käthnersohn Ilgands zu Starischken und M. Peteikis zu Perwelk, Oberfeuermeistersmaat Tiaden hier und M. Posselius zu Mühlhausen.

Eheschließungen: Tischler Kraft und F. Rotharth, hier.

Gestorben: Sohn des Töpfermeisters Lüthke, 5 J., Tochter des Zollamtsdieners Foerster, 6 J., Tochter des Oberbootsmanns Krakowski, 6 J.

---

**Weihnachten!**
**Spezialartikel.**
Aufträge zur Anfertigung der so sehr beliebten dauerhaften, aus wirklichem Menschenhaar hergestellten **Puppenperrücken** erbittet frühzeitig
**Friseur-Geschäft von W. Morisse,**
Roonstraße 75b (Großes Haus)
NB. Ausbessern u. Schminken alter Puppen.

---

Wollene
**Schlafdecken**
**(Normaldecken)**
Stück 2,50, 3,75, 4,75, 6,25, 7,50, 9,50—22 Mk.
**Wulf & Francksen.**

---

**A. C. Stephan**
Rechnungssteller und Mandatar
**Bant**
Neue Wilhelmshavenerstraße 48.
Geschäftsstunden:
Täglich von 8—12 Uhr Vormittags und 1—8 Uhr Nachmittags.
Anfertigen von schriftlichen Arbeiten aller Art.

---

**Geschäfts-Eröffnung.**

Dem werthen Publikum von Bant und Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich in dem früher von W. Apel benutzten Laden, **Werftstraße 14,** ein
**Schuhwaaren-Geschäft**
errichtet habe und halte bei Bedarf mein reichhaltiges Lager bestens empfohlen. **Neue Schuhwaaren** werden nach Maaß sauber und gut angefertigt. **Reparaturen** prompt und billig.
Hochachtungsvoll
**H. Kaufmann,**
Schuhmacher,
14 Werftstrasse 14.

---

**Konfiszirt gewesen!**
**Gekrönte Häupter**
**Nr. 1 und 2**
sind wieder vorräthig. Ebenso die weiter erschienenen Nummern bis 6.
**C. Buddenberg,**
Volks-Buch- und Bilder-Handlung, Marktstraße 27.

---

Trockenen geräucherten
**Schinken**
bei Abnahme von ganzen Schinken à Pfund 70 Pf.
empfiehlt
**E. Langer**
Neuestraße 10.

---

**Bürger-Verein Bant.**
Donnerstag, 7. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr
**Monatsversammlung**
im Lokale der Wittwe Brumund.
Tagesordnung:
1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.
**Der Vorstand.**

---

**Radfahr-Klub „Fare well", Bant.**
Heute Dienstag den 5. Dezbr. Abends 8 1/2 Uhr
**Versammlung**
im Vereinslokal „Colosseum".
**Der Vorstand.**

---

**Klub „Fidelitas".**
Donnerstag, 7. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr
**Versammlung**
— im Vereinslokal. —
Tages-Ordnung:
Besprechung zum Karnevalszug.
neuer Mitglieder.

Landesbibliothek Oldenburg

# Meine Weihnachts-Ausstellung

eröffnete ich mit dem **heutigen Tage**. **Da ich meinen Laden bedeutend vergrößert habe,** so bin ich in der Lage, zu **konkurrenzlos** billigen Preisen zu verkaufen und bietet die Ausstellung eine überraschend große Auswahl von

**Kinder-Spielwaaren, Puppen, Christbaumschmuck, Korb-, Holz-, Plüsch-, Leder- und Chinawaaren, Stickereien, Schmucksachen aller Art, Regenschirme, Canevas-Papier-Sachen etc. etc.**

## Stickereien.

Musterfertige Schuhe von 50 Pf. an.
Angefangene Schuhe von 75 Pf. an.
Rückenkissen von 1,25 Mk. an.
Eckborten von 1 Mk. an.
Tabletdecken von 10 Pf. an.

## Papier-Canevas-Sachen.

Bürstentaschen 25 Pf., Uhrhalter 10 Pf.
Lampenteller 10 Pf., Zeitungsmappen 40 Pf.
Lampenschirme, Kammkasten ꝛc.

## hina-Lackwaaren.

Brodkörbe 50 Pf. Handschuhkasten 50 Pf.
Tablets von 40 Pf. an.
Taschentuchkasten 1,25 Mk.

Cigarrenkasten ꝛc. zu billigen Engros-Preisen.

## Unterziehzeuge

**für Herren, Damen u. Kinder.**
**Kapotten** in großer Auswahl schon von 75 Pf. an.
**Schultertücher ꝛc.**

## Holz-, Korb- und Leder-Waaren aller Art.

## Strümpfe, Handschuhe und Socken.

Wollene Kinderstrümpfe von 10 Pf. an.
Woll. Damenstrümpfe von 40 Pf. an.
Woll. Herren-Socken von 25 Pf. an.

Tricot-Damen-Handschuhe v. 40 Pf. an.
Woll. gestrickte Kinder-Handschuhe von 20 Pf. an.
Glacé-Handschuhe in großer Auswahl.

## Cravatten und Shlipse.

Neu eingetroffen, in großer Auswahl und hübschen, neuen Dessins.

## Hosenträger.

Fertig gestickte von 1,25 Mk. an.
Gummi-Hosenträger für Herren von 50 Pf. an, 75 Pf., 1 Mk. ꝛc., für Kinder von 35 Pf. an.

## Corsets

in verschiedenen Dessins, von 65 Pf. an bis zu den besten.

## Spielwaaren

in großer Auswahl von den billigsten bis zu den besten. — Puppenköpfe schon von 10 Pf. an.

## Lederwaaren.

Leder-Albums von 1,25 Mk. an.
Plüsch von 1,50 Mk. an.
Poesie-Albums, Cigarren- und Schreib-Mappen ꝛc.

## Kurzwaaren

zu den bekannt **billigen Preisen.**

## Regenschirme

f. Herren, Damen u. Kinder v. 1,25 M. an.
Zanella 1,80 Mk., Gloria von 2,25 Mk. an, ꝛc. ꝛc.

**Zephirwolle,** schwarz, Lage 10 Pf., farbig, Lage 13 Pf., **Castorwolle,** schwarz 35, farbig 40 Pf., **Stickseide** Docke 10 Pf., **Stickgarn** 5 Pf., **Glanzgarn** 3 Docken 25 ꝛc. ꝛc.

# Heinrich Hitzegrad, Werftstraße.

---

## Wulf & Francksen

Gute Ware ist stets die billigste.

Ausstellung fertiger Betten.

**Ein Posten**

## einzelner Feder-Kopf-Kissen

**bedeutend unter Preis.**

---

## Weihnachten!

Anfertigung von Armbändern, Brochen, Ringen, Halsketten, **Uhrketten mit oder ohne Beschlag, in Tombak, Silber-Doublee oder Gold von 5—15 M.**

**Friseur-Geschäft von W. Morisse,**
Roonstraße 75b (Großes Haus).

---

**Passende**

## Weihnachts-Geschenke

**für Kinder.**

**Große Auswahl in**

## Spielsachen.

Außerdem empfehle mein Lager in

**Pfeifen u. Cigarrenspitzen,**

sowie

## Cigarren

in 1/10 und 1/20 Mille.

## C. G. Werner,

**Banterstrasse 2.**

---

Empfehle mich als

**Schneid**

---

## Geschäfts-Eröffnung.

Einem werthen Publikum von Bant und Umgegend hierdurch die ganz ergebene Mittheilung, dass ich mich in

**Neubremen, 9 Neue Wilhelmshavenerstrasse 9,** als

## Uhrmacher

niedergelassen habe. Mein gediegenes Lager in **Regulateuren, Taschenuhren, Weckern, Ketten etc.** halte bei Bedarf bestens empfohlen. **Reparaturen** werden prompt und billig ausgeführt.

Hochachtungsvoll

**E. Schmidt,** Uhrmacher,
Neubremen, Neue Wilhelmshavenerstr. 9.

---

## Hotel zur Krone, Bant.

**Täglich:**

## Künstler-Vorstellungen.

**Stets wechselndes Programm.**

Anfang an Wochentagen 8 1/2 Uhr, an Sonntagen 5 1/2 Uhr. Entree 40 Pf.

**J. F. Gloystein.**

---

## Christbaum-Konfekt

in, inkl Kiste, ev. 240 große oder 440 Stück enthaltend, für Mk. 2.50 p. Nachn.
**Mietzsch, Dresden A, 4.**

---

## Complet fertige Särge

und **Leichenbekleidungsgegenstände** empfiehlt zu den billigsten Preisen

**J. Freudenthal,** Neubremen,
gegenüber der Schule.

---

## Todes-Anzeige.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft und unerwartet unsere geliebte Tochter **Charlotte** im zarten Alter von 7 Wochen, was wir tiefbetrübt allen Freunden und Bekannten zur Anzeige bringen.

Neubremen, 5. Dezbr. 1893.

**Georg Krüger u. Frau.**

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr von der Neuen Wilhelmshavenerstr. 66 aus statt.

---

## Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tiefbetrübende Anzeige, daß meine liebe Frau und meiner sechs unmündigen Kinder treusorgende Mutter

**Frieda Sievert**
geb. Burgmann

im Alter von 30 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit plötzlich gestorben ist. Um stilles Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen

**Albert Sievert**
nebst Kindern, sowie Mutter und Geschwister.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 7. Dezember, Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstraße 34, aus statt.

---

## Todes-Anzeige.

Sonntag Abend 10 3/4 Uhr entschlief sanft und ruhig meine liebe Frau

**Emma, geb. Kreutz,**

welches tiefbetrübt zur Anzeige bringen

**Joh. Rose** nebst Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 2 1/2 Uhr vom Sterbehause, Wilhelmshavenerstraße 4, aus statt.

---

## Zu vermiethen

**Logis** für 1 oder 2 junge Leute.
Grenzstraße 29.

Redaktion, Druck und Verlag: [illegible] Dug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg